KOMMENTAR *Diana Zinkler über Corona-Opfer*

Die vergessene Trauer

Eine Beerdigung darf in diesen Tagen nur im kleinen Kreis stattfinden. Von Berührungen, körperlicher Unterstützung für die Trauernden wird leider auch abgeraten. Hatte der Tote für sich eine Party mit Blaskapelle geplant, in diesem Jahr 2020, das ganz im Zeichen der weltweiten Corona-Pandemie steht, werden solche letzten Wünsche nicht erfüllt. Wie hart das ist. Und wie erbarmungslos traurig für die Angehörigen.

Das neuartige Coronavirus und seine Verbreitung beobachten wir in Graphen, in Regionen, in Zahlen über Infizierte, Genesene und Tote. An diesem Wochenende werden es in Deutschland 10.000 Menschen sein, die an den Folgen einer Infektion mit dem Coronavirus gestorben sind. Ein kaltes Hoch. Hinter dieser Zahl verbergen sich mindestens 10.000 persönliche Tragödien, Familien, die ihren Vater verloren haben, Mütter, die ihre 21-jährige Tochter begraben mussten, beste Freunde, die sich nie wiedersehen – und fast alle konnten von ihren Liebsten wegen der Kontaktbeschränkungen nicht Abschied nehmen. Vielleicht war es für die Toten nicht schlimm, am Ende allein zu sein. Wer weiß das schon. Doch für die, die zurückbleiben, ist der Gedanke daran, dass ihr Mensch allein sterben musste, etwas, was einen für den Rest des Lebens verfolgt.

Und jetzt ist auch die Trauer so schwer. Alle Angehörigen, die einen Menschen an Covid-19 verloren haben, sollten sich vornehmen, noch einmal später eine Trauerfeier ohne Regeln – nur nach den eigenen – zu organisieren.

Übrigens: Einen Staatsakt zu Ehren der Opfer der Corona-Pandemie gab es immer noch nicht in Deutschland. Zwar gibt es dafür grundsätzlich Zustimmung von Bundespräsident Steinmeier über Gesundheitsminister Spahn bis zu Bundestagspräsident Schäuble – doch passiert ist bisher nichts. Es wäre aber ein wichtiges Signal.

KOMMENTAR *Matthias Korfmann zu „Nazi-Chats“*

Jeder Fall ein Einzelfall

Die aufkommenden Zweifel an der rechtsextremen Haltung einiger der insgesamt 31 beschuldigten Polizisten in NRW sind peinlich für NRW-Innenminister Reul.

„Null Toleranz“ gegen Rechts ist zwingend. Der Verzicht auf Vorverurteilungen auch. Zutiefst irritierend aber ist, wie schamlos sich unterschiedliche Lager auf Nachrichten zu den Ermittlungen gegen die Beamten unter Rechtsextremismus-Verdacht stürzen und versuchen, diese auszuschlachten.

Die, die das Gerücht streuen, praktisch alle Polizisten seien Rechtsextremisten und Rassisten. Und andererseits die, die alle Polizisten als edel, hilfreich und gut verklären. Den einen wie den anderen geht es um Kampagnen. Sie wollen uns für dumm verkaufen.

Hier gilt es, 31 Einzelfälle von Beamten gründlich und ohne Vorurteile in irgendeine Richtung zu prüfen. Schließlich geht es in jedem Einzelfall um die Existenz.

Beschuldigte können sich juristisch wehren, das sehen wir. Wir leben in einem Rechtsstaat. Stellt sich heraus, dass einzelne Beamte zu Unrecht suspendiert wurden, dann ziehen sie die Uniform wieder an. Wenn Polizisten aber, wie geschehen, widerliche Bilder von Flüchtlingen in Konzentrationslagern verbreiten, haben sie in dem Beruf nichts verloren.

PRESSESTIMMEN

Während der Debatte wurde deutlich, dass Trump in der alternativen Welt (...) eines nicht ausblenden kann: die harten Fakten der Corona-Krise. (...) Immer mehr Bürgern dämmert, dass es in der Pandemie vor allem einen kühlen Kopf braucht. Nur so lässt sich verhindern, dass jemand stirbt, weil er nicht ausreichend krankenversichert ist, oder dass eine Familie wegen Corona ins finanzielle Nichts stürzt. Trump hat keine Antworten auf diese Ängste. Schlimmer noch: Er hat diese Ängste durch seine Politik zu verantworten.

Rhein-Zeitung (Koblenz) *über die TV-Debatte Trump/Biden*

Manche fühlen sich an die Zeit der Prohibition in den USA erinnert, als Alkohol offiziell verboten war – und illegal umso mehr (und riskanter, weil eben unkontrolliert) konsumiert wurde. Manche der Regeln drängen Menschen, die feiern möchten, eher ins Private – wo die Infektionsrisiken oft höher sind als in der Öffentlichkeit. So etwas hilft eher nicht gegen Corona. Da hat die Politik die Pflicht, Regeln zu begründen, zu hinterfragen und eventuell zu ändern. Nur so kann sie die Akzeptanz ihrer Vorschriften erhöhen. Wer deren Sinn nicht einsieht, neigt zu Regelverstößen.

Nürnberger Nachrichten *zu Corona-Regeln*

ZITAT DES TAGES

„Parteitage, Wahlen in politischen Parteien sind Voraussetzung dafür, dass unsere Demokratie funktioniert.“

Friedrich Merz (CDU) zur Frage, ob der CDU-Parteitag verschoben werden soll. Merz kandidiert für das Amt des Parteichefs.

Gefühlte Zeitumstellung KARIKATUR: NEL

Bürgerkrieg: Waffenstillstand in Libyen beschlossen

Genf. Die rivalisierenden Lager im Bürgerkrieg in Libyen haben sich auf einen Waffenstillstand geeinigt. Das sagte die amtierende UN-Beauftragte für Libyen, Stephanie Williams, am Freitag unmittelbar nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung in Genf. Der Moment werde in die Geschichte eingehen, sagte Williams. Militärvertreter des Ministerpräsidenten Fajis al-Sarradsch und des Generals Chalifa Haftar waren seit Montag in Genf, um politische Gespräche über die Zukunft Libyens vorzubereiten. Diese Gespräche sollen im November in Tunesien beginnen. An den Genfer Gesprächen waren je fünf Militärvertreter beider Seiten beteiligt. Das Format war bei der Berliner Libyen-Konferenz im Januar vereinbart worden. *dpa*

„Neuer Lockdown nicht nötig“

Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sieht dringenden Handlungsbedarf in der Corona-Pandemie – und hat einen Rat zur Kanzlerkandidatur

Von Jochen Gaugele und Jörg Quoos

Berlin. Peter Altmaier nimmt Platz im Videoraum des Wirtschaftsministeriums, hinter sich die deutsche und die europäische Flagge, vor sich zwei Flaschen Coca-Cola. Interviews gibt der CDU-Politiker gerade lieber aus der Distanz, um sich vor dem Coronavirus zu schützen. Altmaiers Botschaften sind brisant.

Die Infektionszahlen in Deutschland steigen sprunghaft. Geht bald wieder das ganze Land in den Lockdown?

Peter Altmaier: Die Lage ist dramatisch. Und leider hat sich der deutliche Anstieg bei den Neuinfektionen schon im August abgezeichnet. Die Ministerpräsidenten haben bei ihrer letzten Sitzung wichtige Beschlüsse gefasst, deren Wirksamkeit wir jedoch noch nicht sehen können, weil zu wenig Zeit vergangen ist. Für mich steht fest: Wir haben dringenden Handlungsbedarf – sowohl zum Schutz der Gesundheit als auch, um den Erholungsprozess der deutschen Wirtschaft nicht zu gefährden.

„Die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur kommt im April oder Mai noch früh genug.“

Erkennbar ist vor allem, dass die Länder sehr unterschiedlich handeln.

Ich wünsche mir, dass Bund und Länder in größerer Einmütigkeit in den nächsten Tagen die notwendigen Beschlüsse fassen. Wir können uns Flickenteppiche von Regelungen nicht länger leisten. Wir müssen eine unkontrollierte Ausbreitung des Virus verhindern. Einen neuen flächendeckenden Lockdown darf es nicht geben, und ich halte ihn auch nicht für erforderlich. Es kommt auf entschiedenes Handeln an – dort, wo es notwendig ist.

Sie haben Anfang September eine V-Kurve in die Kameras gehalten, die auf einen glimpflichen Verlauf der Wirtschaftskrise schließen ließ. Sind Sie immer noch so optimistisch?

Wir werden in der nächsten Woche die Herbstprojektion der Bundesregierung vorstellen. Was das Jahr 2020 angeht, kann man davon ausgehen, dass die Entwicklung weitgehend so eintritt, wie sie prognostiziert wurde. Die Wirtschaft wird weniger stark schrumpfen, als noch vor einem halben Jahr zu befürchten war. Aber: Die positiven Konjunkturannahmen, die wir für das Jahr 2021 gemacht haben – also ein substanzielles Wachstum in der Größenordnung von mindestens vier Prozent –, stehen natürlich unter dem Vorbehalt, dass es uns gelingt, die hohen Infektionszahlen wieder zu senken.

Beneiden Sie manchmal den Gesundheitsminister um seine Sondervollmachten in der Pandemie?

Ich bin mit den Kompetenzen, die der Wirtschaftsminister heutzutage hat, sehr einverstanden. Im Übrigen kann ich die Diskussion über die Verordnungsmöglichkeiten des Kollegen Jens Spahn nicht nachvollziehen. Das vom Parlament beschlossene Infektionsschutzgesetz ermächtigt zu Verordnungen. Mir ist kein einziger Fall bekannt, in dem der Kollege Spahn seine Befugnisse überschritten oder missbräuchlich angewandt hätte.

Wird eher der Föderalismus zum Problem? Selbst Bayerns Ministerpräsident Markus Söder will Länderkompetenzen an den Bund abgeben ...

Von Franz Josef Strauß stammt ein kluges Zitat: „Wir Bayern müssen bereit sein, wenn die Geschichte es erfordert, notfalls die letzten Preußen zu sein.“ Was Strauß damit zum Ausdruck bringen wollte, findet sich auch in dem Vorstoß von Markus Söder: ein Plädoyer für mehr Gemeinsamkeit. Entscheidungen eines einzelnen Bundeslandes können Auswirkungen auf alle anderen Bundesländer haben. Deshalb brauchen wir dringend mehr gemeinsame Entscheidungen: entweder durch alle Länder zusammen oder – wo das zu schwerfällig ist – auf Bundesebene, wo die Länder ja durchaus beteiligt sind. Das ist gerade in einer Pandemie diesen Ausmaßes ein sehr kluger und nachvollziehbarer Gedanke.

Relativiert die positive Konjunkturprognose für 2021: Peter Altmaier im Wirtschaftsministerium. FOTO: DPA PA

Franz Josef Strauß war auch der erste Kanzlerkandidat der CSU. Wie lange kann sich die Union noch Zeit lassen mit der Nominierung des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl?

Ich bin davon überzeugt, dass die große Mehrheit der Bürger gerade ganz andere Sorgen hat als die Aufstellung von Kanzlerkandidaten. Die sehr frühe Nominierung von Olaf Scholz als SPD-Bewerber hat die Sozialdemokraten ebenfalls nicht vorangebracht. Die Bürger haben die Erwartung, dass wir jetzt nicht über parteipolitische Interessen und Gegensätze nachdenken, sondern über die Frage, wie wir gemeinsam die Corona-Krise bewältigen und die Wirtschaft wieder ankurbeln können.

Wolfgang Schäuble sagt, die Entscheidung soll nicht vor Ostern fallen.

Es gibt keinerlei Notwendigkeit, die Nominierung unseres Kanzlerkandidaten überstürzt vorzunehmen. Wir sollten uns in den nächsten Monaten auf das konzentrieren, was Vorrang hat: Gesundheit und wirtschaftlicher Aufschwung. Die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur kommt im April oder Mai noch früh genug.

Zur Person

■ **Peter Altmaier** (CDU), 1958 im Saarland geboren und aufgewachsen, hat Jura studiert und als Beamter für die EU-Kommission gearbeitet. Bevor Altmaier Bundeswirtschaftsminister wurde, war er parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Umweltminister, Kanzleramtsminister und zeitweise auch Bundesfinanzminister. Er ist katholisch, ledig und besitzt eine umfangreiche Privatbibliothek.